

Sennegemeinde Hövelhof



Amt 2

Auszug aus der Niederschrift

Gremium: **Rat**

Sitzungstermin: 14.12.2017 - Öffentliche Sitzung -

TOP 23

Beratung und Beschlussfassung über die Entwürfe der Haushaltssatzung 2018 mit ihren Anlagen sowie der Wirtschaftspläne des "Abwasserwerks" und "Wasserwerks"
(Vorlage Amt 2 vom 08.12.2017 – 173/17)

Bürgermeister Berens ruft den Tagesordnungspunkt auf und erteilt GR Neisens das Wort.

Haushaltsrede 2018

Anrede

Vor 35 Tagen haben der Bürgermeister und der Kämmerer diesen Haushaltsplan in den Rat eingebracht. Nach zahlreichen Beratungen in den Fraktionen und Diskussionen in den Ausschüssen und Gremien werden wir heute den Haushaltsplan unserer Heimatgemeinde verabschieden. Dabei diskutieren wir nicht nur intensiv das umfangreiche Zahlenwerk, was uns die Verwaltung vorgelegt hat, sondern stellen auch die Weichen, welchen Kurs unsere Kommune nehmen soll. Auch die wesentlichen Investitionsvorhaben, die das Bild unserer Sennegemeinde im nächsten Jahr prägen werden, haben wir intensiv erörtert.

Der Haushalt, den wir gemeinsam verantworten, hat auf der Ertragsseite ein Volumen von rund 36,3 Mio. EUR und auf der Aufwandsseite ein Volumen von ca. 38,5 Mio. EUR. Wir werden im kommenden Jahr also 2,2 Mio. EUR mehr aufwenden als wir an Erträgen erwirtschaften. Wir halten das für vertretbar, da unsere Ausgleichsrücklage noch mit mehr als 5 Mio. EUR dotiert ist.

Unsere wesentlichen Erträge sind dabei insbesondere die Einnahmen aus den kommunalen Steuern, von denen die Gewerbesteuer 11,8 Mio. EUR beisteuern soll und die Grundsteuern ca. 2,5 Mio. EUR einbringt. Unsere

Anteile an der Einkommenssteuer und Umsatzsteuer werden mit ca. 8,9 Mio. EUR kalkuliert.

Wir können sehr stolz darauf sein, dass wir die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger auf weiterhin niedrigem Niveau halten können. Keine Steuermehrbelastungen! Keine Abgabenerhöhungen! In Hövelhof lässt es sich nicht nur gut, sondern auch preiswert leben.

Was sind die wesentlichen Aufwandspositionen? Für das Personal gilt es mehr als 8,6 Mio. EUR aufzuwenden von denen ca. 3,2 Mio. EUR erstattet werden. Abschreibungen werden mit 3,3 Mio. EUR berechnet. Die Umlagen für die Gewerbesteuer mit ca. 2 Mio. EUR, die jedes Jahr immer weiter steigenden Kreisumlagen belasten uns mit 13,5 Mio. EUR. Und sonstige Transferaufwendungen – in denen auch freiwillige Leistungen für das Ehrenamt enthalten sind – werden mit 2 Mio. EUR kalkuliert.

Dazu kommen noch viele weitere Aufwandspositionen, die notwendig sind, um unser Gemeinwesen auskömmlich und sparsam gestalten zu können. Viel Spielraum für neue Ausgaben werden wir auch in Zukunft nicht haben.

Unsere Zielrichtung in den folgenden Jahren wird auch weiterhin sein, die Abgabenbelastung auf stabil niedrigem Niveau zu belassen. Wir werden Abgabensenkungen dann in Erwägung ziehen, wenn wir sie uns leisten können. Aber unsere wichtigste Steuereinnahme – die Gewerbesteuer – ist auch immer von der wirtschaftlichen Lage abhängig. Die ist im Moment zweifelsfrei gut. Aber wir wissen unsere Euphorie zu zügeln und werden weiterhin vorsichtig agieren.

So haben wir im Jahr 2014 mit dem Slogan „Immer weniger Schulden“ um das Vertrauen der Wählerschaft geworben. Das ist für uns immer noch die Leitmaxime und unsere Idee von einer generationengerecht finanzierten Kommune. Der Schuldenstand steht jetzt pro Kopf bei 158 EUR, während der Landesdurchschnitt mehr als 3.500 EUR beträgt. Unser Ziel bleibt es, in die Liga der schuldenfreien Kommunen aufzusteigen. Davon sind wir nicht mehr weit entfernt. Aber – wir wollen die Finanzwirtschaft unserer Kommune nicht überlasten und nicht zu hastig entschulden, auch wenn wir rechnerisch heute schon schuldenfrei wären.

Anrede

Eine der zentralen Aufgaben ist es für die Kommune, Infrastruktur aufzubauen und zu erhalten. Und so werden wir auch im kommenden Jahr weiter in das Ortskernkonzept investieren und das Bild unserer Heimat weiter verbessern. Mehr als 6 Mio. EUR sind an Investitionen in unserem Haushalt veranschlagt. Dabei werden wir u. a. den öffentlichen Personennahverkehr mit einem zentralen Omnibusbahnhof am Schulzentrum stärken und

barrierefrei umbauen. Wir investieren auch weiter in den Klimaschutz und setzen unsere Idee eines Klimaschutzkonzeptes weiter um. Das ist gut für die Umwelt und gut für das Budget!

Dabei werden Parkplätze an den bisherigen Stellen entfallen. Auch in der Ortskernplanung sind Reduzierungen von Stellflächen vorgesehen. Ein wichtiger Standortfaktor für unsere Kommune sind aber auch ortsnahe Parkflächen. Wir haben diese Entwicklung sehr genau im Blick. Wir müssen und werden Alternativen aufzeigen, um ausreichend Parkflächen für Schule und Kulturaula vorzuhalten. Auch der Schlossgarten, die Bücherei und das Bildungszentrum an der katholischen Kirche werden neue Parkflächen benötigen. Daher ist die Ausweisung der neu geplanten Parkfläche auch für das Apotheken- und Ärztehaus alternativlos.

Wir sind darüber hinaus nicht davon überzeugt, dass im Rahmen der Neugestaltung des Hövelmarktplatzes im Jahr 2019 dieser Platz autofrei werden sollte. Auch hier werden wir nicht nur für die Kirchenbesucher weiterhin Parkflächen anbieten wollen.

Auch in unsere Bildungslandschaft und die Gebäude werden wir weiter investieren. Unsere zentrale Aufgabe ist es, gute Bedingungen für immer bessere Bildung zu schaffen. Und da kann sich unsere Bildungslandschaft wirklich sehen lassen. Unsere Gebäude sind top im Schuss. Wir investieren in moderne Infrastrukturen, moderne Medienkonzepte und arbeiten an einer optimalen WLAN-Versorgung für unsere Bildungsstätten.

Anrede

Haushaltsreden dienen sicher auch dazu, sich mit den politisch andersdenkenden Fraktionen auseinanderzusetzen. Ich bin mir sicher, dass die anderen Kollegen auch die ein oder andere Spitze im Köcher haben werden. Das gehört zum politischen Leben dazu wie auch die ein oder andere verbale Zuspitzung. Denn die Bürger dürfen durchaus wissen, dass es Unterschiede gibt, wem sie bei Wahlen ihr Vertrauen schenken sollen. Und die drei Fraktionen, die links vom Bürgermeister sitzen, haben durchaus eine andere Vorstellung, wie unsere Gemeinde aufgestellt sein sollte.

„Ihr habt immer nur irgendwas im Kopf, ohne dass man den Gesamtprozess sieht.“ Dieses Zitat stammt vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kretschmann, der auf dem Grünen-Parteitag im Juni 2017 seine eigene Partei kritisierte.

Zum wiederholten Male rufen sie den Antrag für ein Klimaschutzkonzept auf. Ich habe sehr intensiv Klimaschutzkonzepte dieser Denkrichtung in den benachbarten Kommunen studiert. Auffallend ist, dass sich beispielsweise diese Konzepte in Verl und Delbrück kaum unterscheiden: Allgemeines,

Bilanzierung von CO₂-Verbräuchen und Energieverbräuchen auf Basis von Standardmodellen, Ablaufplanung und anschließend die in Workshops erarbeiteten Handlungsfelder.

Aus der Bewertung der von mir geprüften Klimaschutzkonzepte kann ich keine wirklich neuen Erkenntnisse entnehmen. Viel heiße Luft. Nur ohne Klimaschutzmanager und ohne beauftragende Regelungen z. B. bei der Ausweisung neuer Baugebiete werden sie das alles niemals umsetzen können.

Was muss es sie da ärgern, dass die Hövelhofer Gemeinde im September bereits zum zweiten Mal für den größten Zuwachs an Erdwärmeheizungen und damit für klimafreundliche Energie ausgezeichnet wurde. Warum ist das so? Weil die Hövelhofer klug genug sind und keine kommunalen Konzepte benötigen, um ihre Entscheidungen zu treffen.

Unsere Fraktion wird sich auch in Zukunft für die Schonung von Ressourcen einsetzen. Und der gewünschte Ressourcenverbrauch von 30.000 EUR für viel heiße Luft hilft uns nicht wirklich weiter und bringt unsere Gemeinde nicht nach vorne.

„Wir als Fraktion ... bedienen unser eigenes Klientel...“ – so endet übrigens der Dialog, den Kretschmann mit seinem grünen Kollegen führte. Sie können sich das bei YouTube ja noch einmal ansehen. Wir als Hövelhofer CDU bedienen übrigens nicht eine Klientel, sondern waren, sind und bleiben Partei für das ganze Volk.

Die ewige Nörgelei der örtlichen FDP, die sich regelmäßig über steigende Kosten im Marketing-Bereich echauffiert, müssen wir erneut zurückweisen. Wir haben es in Hövelhof geschafft, eine Infrastruktur zu erhalten und weiter auszubauen, für die wir von anderen Kommunen beneidet werden. Mit der erfolgreichen Verknüpfung von vielen ehrenamtlichen Helfern aus dem Verkehrsverein und hauptamtlicher Unterstützung aus der Tourist-Information haben wir ein Pfund, mit dem wir wuchern können. Die Stabsstelle Marketing ist nicht nur eine Kostenstelle, sie ist eine Erfolgsstelle. Und jetzt, wo sie um das Aufgabengebiet Wirtschaftsförderung angereichert worden ist, wird sie noch erfolgreicher wirken können. Ich möchte mich ausdrücklich bei allen Mitarbeitern dieser Stelle im alten Küchenhaus bedanken. Und mein Dank gilt auch den vielen helfenden Händen aus dem Verkehrsverein, die ehrenamtlich mitanpacken!

„Durch den sinnvollen Umgang mit finanziellen Mitteln wollen wir Steuern und Gebühren langfristig stabilisieren, wodurch auch die Planungssicherheit der Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde erhöht wird.“ Dieses Zitat können wir als CDU jederzeit unterschreiben. Das ist auch unsere Leitidee. Aber dieser Punkt steht im Wahlprogramm der FDP. Und in diesem Jahr

serviert uns die frühere Dreipunktchenpartei einen Antrag, in dem sie die Senkung der Grundsteuern verlangt. Und das in einem Jahr, in dem der gemeindliche Haushalt mit einer geplanten Entnahme aus der Rücklage auskommen muss. Das ist ehrlich gesagt nicht konsistent, das muss ich der FDP schon sagen dürfen, und entspricht in keinsten Art und Weise den Verheißungen ihres Wahlprogramms. Und wenn sie sagen, dass wir ein Ausgabenproblem haben, dann vermisste ich in der Tat eine Initiative von Ihnen, welche Ausgaben konkret reduziert werden sollen.

Auf dem Nikolausmarkt hat mir am letzten Samstag ein Bürger gesagt, was aus seiner Sicht die Hövelhofer ausmacht: „Die haben ihr Herz am rechten Fleck und lassen auch mal fünf gerade sein“. Erbsenzählereien bringen uns nicht nach vorne.

Auch die SPD möchte ich in meinen Anmerkungen nicht völlig unberücksichtigt lassen. Über ihre Neigungen, weitere kommunale Instanzen aufzubauen, haben wir vorhin ja bereits diskutiert.

Im letzten Jahr hat uns die SPD noch ins Buch schreiben wollen, dass wir Hannelore Kraft und ihrer Koalitionsregierung danken sollten, für so viele Wohltaten, die sie uns vermeintlich alleine gebracht habe. Wir sind aber doch ganz froh, dass wir neue Mehrheitsverhältnisse in NRW haben – müssen wir doch die unsägliche Solidarumlage nicht mehr entrichten. Das erspart unserer Kommune immerhin fast eine halbe Million EUR und gibt uns neue Luft zum Atmen!

Luft zum Atmen bringt uns der Regierungswechsel. Nicht nur der Bürgermeister ist bei der Verkündung des Wahlergebnisses an die Decke gesprungen. Wir sind erleichtert und wollen in den kommenden Jahren neue Freiheiten nutzen, um weitere Wohngebiete, Erweiterungen von Gewerbeflächen und geschmeidigere Verkehrslösungen umsetzen zu können. Noch ist nicht überall der neue Geist angekommen, aber wir werden unsere Drähte nach Düsseldorf nutzen, um hier weiterzukommen.

Und wir sind nach wie vor sehr zuversichtlich, die gewerbliche Entwicklung unserer Gemeinde entscheidend nach vorne zu entwickeln. Das interkommunale Gewerbegebiet in Stukenbrock-Senne wird kommen und verdient unsere Unterstützung. Das kleinere Projekt Schierbusch 2 wird wohl in Düsseldorf zu entscheiden sein. Immer mehr Arbeitsplätze in Hövelhof sind gut für die Menschen. Und verbessern langfristig auch unsere Einnahmen.

In unserer Klausurtagung haben wir uns auch sehr intensiv mit dem Thema „Digitalisierung“ auseinandergesetzt. Ein sicher breites Feld. Einiges haben wir schon vorgebracht wie z. B. der öffentlich nutzbare WLAN-Hotspot.

Vieles ist noch zu tun. Noch mehr müssen aber die Marktanbieter tun. Auch wenn wir heute im Ortskern eine vermeintlich gute Infrastruktur vorweisen können, wird die Vektor-Technik der Telekom uns nicht in die Zukunft beamen können. Wir beobachten mit Interesse die Aktivitäten in der Stadt Delbrück zum Thema Glasfaserausbau. Wir engagieren uns in der Breitbandgenossenschaft. Wir unterstützen die Bemühungen der Verwaltung, Förderanträge für unterversorgte Bereiche zu stellen. Wir bleiben auch bei diesem Thema weiter am Ball.

Anrede

Die CDU-Fraktion wird diesem Haushalt, den Wirtschaftsplänen und dem Stellenplan Zustimmung erteilen. Wir bedanken uns bei dem Kämmerer Andreas Schwarzenberg und seinem Team, das viel Zeit in die Aufstellung des Planes investiert hat.

Wir sind der festen Überzeugung, dass das Jahr 2018 ein herausforderndes Jahr sein wird und das sich das Bild unserer Gemeinde nach der Umsetzung der geplanten Maßnahmen des Ortskernkonzeptes nachhaltig verändern wird.

Es gibt viel zu tun – insbesondere im Bauamt. Unser Dank gilt Andreas Markgraf für die Begleitung der Haushaltsberatungen. Und wir wünschen dem ganzen Team im Bauamt viel Kraft für ein sicher anspruchsvolles Jahr 2018.

Thorsten Langemeier gilt ebenfalls unser Dank, der sich für Schulen und Digitalisierungsthemen unserer Gemeinde stark macht. Auch ein herzliches Dankeschön an sein Team im Hauptamt.

Das Bürgeramt um Petra Schäfers-Schlichting wird auch im nächsten Jahr gefordert werden. Wir bedanken uns für die gute Zulieferung von Informationen und ihre Geduld.

Mein Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, im Rathaus, im Bau- und Servicebetrieb, in den Kindertagesstätten und Schulen, drinnen und draußen.

Ganz besonders möchte ich mich aber bei Frau Lagmöller bedanken. Das ist heute ihre letzte Ratssitzung. Sie sind der gute Geist des Vorzimmers. Auf sie war immer Verlass. Wir werden Sie vermissen. Ihren Ruhestand haben Sie sich zweifelsfrei wohlverdient. Ich wünsche Ihnen alles erdenklich Gute, Gesundheit und Gottes Segen.

Es folgt die Haushaltsrede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herrn Schäfer:

Haushaltsrede 2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates, verehrte Gäste und Vertreter der Presse

Der Haushalt 2017 ist gekennzeichnet durch einen hohen Abbau der liquiden Mittel, für die wir inzwischen tatsächlich Gebühren zahlen müssen. Verursacht natürlich durch die derzeitige, lang andauernde Niedrigzinsphase. Die SPD Fraktion teilt daher die Auffassung der Verwaltung, dass es sinnvoll ist, im Jahr 2018 die Liquidität zu **reduzieren** und in die Zukunft der Senne Gemeinde zu **investieren**. Dadurch wird dieser Haushalt leider ein Defizit von mehr als 2 Millionen Euro ausweisen. Da das aber nur in der hohen Investitionsquote begründet ist, nehmen wir das gerne in Kauf. Denn die Ausgleichsrücklage ist durch die positiven Ergebnisse der vergangenen Jahre gut gefüllt.

Der Haushaltsplan sieht für die kommenden Jahre sogar deutliche Überschüsse vor. Ich bin seit 1999 im Rat und selbst ich kann mich kaum noch an solche Jahre erinnern. Seit der NKF Einführung jedenfalls, hat es das nicht mehr gegeben. Wir werden uns dann, **aber sicherlich wirklich erst dann**, auch über **Entlastungen** an die Bürgerschaft unterhalten müssen. Es ist schließlich nicht Aufgabe der Gemeinde Geld aufzuhäufen. Aber das kann in **diesem** Jahr, bei **diesem** Defizit, noch kein Thema sein.

Zum vorgelegten Haushalt der Verwaltung sagen wir daher nur: Gute Arbeit. Herzlichen Dank an alle Beteiligten. Die SPD Fraktion stimmt dem Haushalt uneingeschränkt zu.

Bei der heutigen Länge der Tagesordnung, **könnte** ich hier zum Ende kommen. Zum Haushalt ist alles gesagt. Aber die Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden, sollen sich ja nicht **nur** mit dem eigentlichen Zahlenwerk beschäftigen, sondern auch ein genereller politischer Jahresabschluss sein. Und bei diesen Haushaltsberatungen hat es doch einige Vorkommnisse gegeben, die **sehr deutlich** besprochen werden müssen.

Ich fange mit den positiven Seiten an. Entwicklungen die längst überfällig waren und sich nun endlich auch in den Köpfen derer durchsetzen konnten, die bislang noch in einer Art **bayrischem Phantasien** gelebt haben. Es waren und sind ja auch nahezu „unendliche Geschichten“.

Bereits 2012 und 2014 hat dieser Rat auf Initiative einmal der SPD und einmal der Grünen, über eine Digitalisierung der Ratsarbeit gesprochen. Viele Gemeinden sind hier schon längst im neuen Jahrtausend angekommen. Während Hövelhof immer noch mit Unmengen von Papier um sich wirft. **Bislang** scheiterten solche Vorstöße an der CDU.

Zu einem Zeitpunkt als wir gar nicht mehr damit gerechnet haben, macht jetzt ausgerechnet diese CDU den Vorschlag die Ratsarbeit zu digitalisieren. Wir freuen uns darüber und unterstützen das natürlich, aber sagen auch ganz klar: Endlich.

In meinen bislang 13 Haushaltsreden, habe ich Sie mehrfach darauf hingewiesen, dass es doch viel einfacher sei, einfach mal unsere Anregungen ernst zu nehmen. Das erspart es Ihnen, erst alles abzulehnen und am Ende dann doch umzusetzen. Doch andererseits. Wann werden aus Fehlern eigentlich Traditionen? Und Traditionen soll man ja bekanntlich fördern und pflegen. Und dafür ist Hövelhof doch bekannt.

In diese Kategorie fällt auch, seit vielen Jahren, unsere Debatte über die Schulsozialarbeit. Mal wieder ist es nur die SPD Fraktion die dieses Thema aufgreift. Obwohl inzwischen, das liegt Ihnen ja auch vor, drei unserer vier Schulen hier deutlichen Bedarf anmelden. Der SPD Fraktion ist die Ausweitung

der Schulsozialarbeit ein **besonderes** Anliegen. Wir haben uns daher in unseren Beratungen auch schwer damit getan, den von anderen Fraktion beantragten Erweiterungen im Stellenplan zuzustimmen.

Warum? Das liegt daran, dass wir die Verhältnisse hier im Rat nur zu gut kennen. Wir waren und sind immer eine Partei die die Bedürfnisse der Feuerwehr sehr ernst nimmt und **immer** jeden Bedarf mitgetragen hat. Das gilt in diesem Jahr sowohl für die von der Verwaltung vorgeschlagene halbe Stelle im Haushalt, als auch **schweren Herzens** für den Antrag der CDU Fraktion dies sogar auf eine ganze Stelle auszuweiten. Auch die von den Grünen geforderte halbe Stelle für die Flüchtlingsarbeit findet unsere Zustimmung. Auch das etwas, was auch wir in der Vergangenheit bereits beantragt haben.

Warum also hatten wir da Bauchschmerzen? Weil wir befürchten, dass es dann im kommenden Jahr bei der Schulsozialarbeit heißt: Dafür ist jetzt aber kein Geld mehr da. Egal ob der Bedarf da ist.

Die SPD Fraktion hat sich trotzdem entschieden den Stellenerweiterungen bei der Feuerwehr und Flüchtlingsarbeit zuzustimmen, **weil sie sinnvoll sind**. Und erwarten von Ihnen bei der Schulsozialarbeit das Gleiche. Der Bürgermeister hat es im HFA gesagt, wir schweben finanziell in Luxusproblemen.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

lassen Sie mich die Sinnhaftigkeit der Schulsozialarbeit mit einem Beispiel aus dem Leben untermauern, das uns alle betrifft.

Wir als derzeitige SPD Fraktion sind der Ansicht, dass auch die Oppositionsfraktionen, insbesondere natürlich die größte, nicht **nur** der Mehrheit die Fehler aufzeigen, sondern auch Verantwortung tragen muss. Das tun wir an dieser Stelle im Sinne der Gemeinde. Kein Taktieren.

Meine Damen und Herren.

Es gibt in letzter Zeit viele, die von der SPD-Fraktion, eher nicht öffentlich, anonym, eine deutliche konträrere Position erwarten. Mit sehr deutlichen Anfeindungen von allen Seiten des politischen Spektrums. „Die Opposition muss fundamentaler werden. Nur eine starke Presse ist von Interesse. Sie sind eine Schande für Hövelhof.“, sind die harmlosen Beispiele. Besonders seit der Bundestagswahl.

Meine Damen und Herren, verehrte Öffentlichkeit, die SPD Fraktion wird sich auch weiterhin für Ihre Überzeugungen einsetzen. Und ich bin sicher, dass der gesamte Gemeinderat sich nicht von Populisten seine Arbeit diktieren lassen wird.

Aber ich sage auch ganz deutlich. Wenn es erforderlich ist, kann es auch in Hövelhof noch etwas rauer zugehen. Die Schulsozialarbeit ist so ein Thema. Das wird aus unserer Sicht **das** soziale Thema 2018. Daran hängt die Zukunft eines Teiles unserer Kinder. Gerade der Kinder die Hilfe brauchen. Die vielleicht später genau auf die Schiene geraten, wo man sich zu politischen Anfeindungen herablässt und zu rechts- oder linkspopulistischen Parteien läuft. Das müssen wir verhindern. Diesen Kindern müssen wir helfen. Hier erwarten wir von CDU und Bürgermeister deutliche Bewegung im kommenden Jahr.

Zurück zur Tradition von Fehlerkorrekturen. In diese Kategorie fällt in den letzten Jahren natürlich auch Ihr Wahlkampfeslogan „Schuldenfrei 2020“.

Eigentlich schade, denn ich kann mich heute zum letzten Mal mit dem Thema beschäftigen. Bereits 2014 haben wir Ihnen aufgezeigt, dass es nicht sinnvoll ist alle Investitionskredite sofort zu tilgen bei **den** niedrigen Zinsen, sondern stattdessen lieber zu investieren. Die Verwaltung gibt uns gerade mit diesem

Haushalt recht. Dieser Haushalt ist das Paradebeispiel für unsere Vorschläge in den vergangenen Jahren.

Wir haben damals gemeinsam das Ziel Schuldenfrei 2020 ausgerufen. Die SPD Fraktion hat nur bereits vor Jahren festgestellt, dass wird nix. Ich weiß nicht ob es daran lag, dass es im Wahlkampf so toll klang, aber Sie haben in den letzten Jahren den Eindruck vermittelt, in dieser Frage völlig den Bezug zur Realität verloren zu haben. Jetzt endlich machen Sie das, was wir Ihnen vor Jahren schon vorgeschlagen haben. Eine Veränderung des offiziellen Zieles der Verwaltung von „Schuldenfrei 2020“ zu schnellstmöglich und sinnvoll.

Nur von einem können Sie sich einfach nicht lösen. Von dem Begriff „schuldenfrei“. Schuldenfrei ist jemand der keine Schulden hat. Das wird eine Gemeinde niemals schaffen. Wir haben die WWE Kredite, wir haben Verbindlichkeiten im Tagesgeschäft etc. Es ging **immer** nur um Investitionskredite. Darum geht es bis heute. Der Haushalt zeigt die Schulden der Gemeinde ja sehr deutlich auf. Die SPD Fraktion hat Ihnen dazu eine wirklich sinnvolle Formulierung vorgeschlagen, aber an diesem Wort hängt bei **Ihnen** irgendwie wirklich das Herzblut. Warum auch immer.

Wir gehen den gleichen Weg, wir nennen ihn nur anders. Selbst der Bürgermeister sagte im HFA: „Wir sind ja QUASI schuldenfrei“. Stimmt. Aber wir reden hier über ein offizielles Dokument. Über eine Zielvorgabe des Gemeinderates an die Verwaltung. Damit hat der Bürgermeister im engsten Sinn die Aufgabe das anzustreben. Also ein unerreichbares Ziel, sofern es nicht gelingt, und ich übertreibe jetzt bewusst, alle Rechnungen in 24 Stunden zu begleichen.

Wo wir gerade beim Geld und beim eigentlichen Haushalt sind. Wir haben in diesem Jahr einen Antrag erlebt der mit wirtschaftlichem Denken soviel zu tun hat wie Angela Merkel mit gradliniger Programmatik.

Wir haben eben bereits gesagt, dass wir in den kommenden Jahren lt Haushaltsplan einen Überschuss erwarten und wir uns **dann** sicherlich darüber unterhalten müssen, den Bürgern etwas zurück zu geben. Wir haben daher den Antrag der FDP Fraktion mit Interesse gelesen, die Grundsteuern zu senken, da dies in der Tat eine Maßnahme wäre die gerade den kleineren und mittleren Einkommen entgegenkommen würde, vorrangig durch die Nebenkostenabrechnung. Wir haben daher selbst auch vorgeschlagen das durchaus aufzugreifen und die Verwaltung zu beauftragen das Jahr 2019 damit zu planen und dem Rat vorzulegen, da dort ein Überschuss geplant ist. Also für die Zukunft wohlgemerkt.

Denn in diesem Jahr planen wir mit einem Defizit von 2,2 Millionen Euro. Da ist das letzte was man macht die Einnahmenseite um mehr als 300.000€ zu verringern und das Defizit damit auf mehr 2,5 Millionen € aufzublähen.

Jeder Bilanzbuchhalter oder Betriebswirt, würde sich umdrehen und gehen bei dem Vorschlag. Wir sind grundsätzlich **für** eine solche Senkung. Aber das kann nur eingebettet sein in einen **dauerhaften** Überschuss der Gemeinde. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu recht Planungssicherheit. Eine solche Reduzierung der Grundsteuer kann **nur** beschlossen werden, wenn **sichergestellt** werden kann, dass diese **langfristigen** Bestand hat.

Ich möchte hier etwas zitieren: „Durch den **sinnvollen** Umgang mit finanziellen Mitteln wollen wir Steuern und Gebühren langfristig stabilisieren, wodurch auch die Planungssicherheit der Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde erhöht wird.“

Diesen Satz würde ich so unterschreiben. Der von der FDP gemachte Vorschlag bei einem stark defizitären Haushalt auf 300.000€ zu verzichten ist aber das

genaue Gegenteil. Das Dumme daran ist. Das war gerade ein Zitat aus dem aktuellen Wahlprogramm der FDP.

Deren Fraktionsvorsitzender hat mir vor einigen Monaten einen Satz zugeworfen, den ich an dieser Stelle wörtlich zurückgeben möchte: „Soviel wirtschaftlichen Sachverstand hätte ich ihnen aber doch zugetraut.“

Meine Damen und Herren, zwei Punkte habe ich noch auf meiner Agenda. Beide betreffen nicht primär den Haushalt, sondern den Umgang miteinander. Eine gewisse, ich will nicht sagen Arroganz, aber doch Überheblichkeit, die sich immer dann einschleicht, wenn Parteien mit absoluten Stimmenpolstern ausgestattet sind, die in einer Demokratie nicht unbedingt dem Standard entsprechen. Das erste betrifft die CDU Fraktion und Ihre Interpretierung der Arbeit der Ausschüsse.

Die Ausschüsse haben die Aufgabe, die abzuarbeitenden Punkte fachlich zu beraten und dem Rat eine Beschlussempfehlung zu geben. **Dort** finden die Sachdebatten statt. **Dort** wird die wahre politische Arbeit geleistet. In den Ausschüssen wird geklärt, wo welche Partei inhaltlich steht, damit man sich ggf auch für die Ratssitzung darauf vorbereiten kann. Der Gesetzgeber hat die Rolle der Ausschüsse gerade erst gestärkt. Das ist so im Kleinen wie im Großen. Das ist der Grund warum der Bundestag immer halb leer aussieht, und das ist auch der Grund warum Gäste die sich nur die Ratssitzung ansehen, den Eindruck haben, hier sitzen nur stumme Menschen die sich ganz doll lieb haben. Leider fehlten diese Besucher zum Beispiel im letzten HFA. Eine Stimmung die uns immer wieder begegnet.

Diesmal hat die CDU aber ein ganz besonderes Weihnachtsspektakel aufgeführt. Warum Weihnachtsspektakel? Jedes Jahr zu Weihnachten findet man in den Geschäften Menschen, die herum hetzen und auf den letzten Drücker Geschenke kaufen müssen, weil Weihnachten wieder so völlig überraschend vor der Tür steht. Dieses Jahr erstaunlicherweise am 24. Dezember.

Genauso ist in diesem Jahr anscheinend unserer CDU ergangen. Alle anderen Fraktionen haben es geschafft, sich mit den Vorschlägen der CDU Fraktion zu beschäftigen und in den Ausschüssen Stellung zu beziehen. Nur die CDU hatte anscheinend Terminfindungsprobleme. Der Haushalt kam wohl unverhofft.

Alle politischen Grundsätze wurden über Bord geworfen. Alle Ideen unserer Gründungsväter zur parlamentarischen Arbeit ignoriert. In jedem Ausschuss wurden die meisten Anträge der anderen Fraktionen mit der Mehrheit der CDU in den Rat vertagt mit dem Hinweis, dass sich die CDU Fraktion erst zwei Tage vor der Ratssitzung gedenkt sich damit zu beschäftigen. Eigentlich der Zeitpunkt, an dem sich bereits alle Fraktionen eine abschließende Meinung gebildet haben sollten.

Mehrfach hat die CDU in der Vergangenheit ihre absolute Mehrheit dafür genutzt, um Beratungsbedarf anderer Fraktionen zu blockieren und, aus unserer Sicht, unsinnige Anträge durchzudrücken. Diesmal war es umgekehrt. Was interessieren uns politische Gepflogenheiten? Wir können es doch. So haben die kleinen Fraktionen erst heute erfahren wie die Mehrheitsfraktion zu ihren Anträgen steht. Keine Chance auf Reaktion. Keine Chance auf eigene Debatte. Keine Chance auf eine eigene Fraktionssitzung um die Stellung der CDU intern zu beraten. Das Recht das sie sich selbst nimmt: Zeit für Beratung, nimmt sie damit allen anderen. Ja, das nennen wir „Arroganz der absoluten Mehrheit“. Fairerweise sei gesagt: Es ist ja erst einmal erfreulich das die CDU die Anträge überhaupt beraten will anstatt

sie einfach abzulehnen, weil sie aus der Opposition kommen. Das war in früheren Legislaturperioden schon anders. Darüber freuen wir uns.

Aber der Wähler hat Ihnen einen Auftrag gegeben, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Nämlich letzten Endes diese Gemeinde zu führen. Das mag einem gefallen oder nicht, mir gefällt es naturgemäß nicht, aber der Wähler hat es getan. Dazu gehört auch organisatorische Probleme in den Griff zu kriegen, die anderen Parteien zu achten, und die Sinnhaftigkeit parlamentarischer Organisationseinheiten zu respektieren.

Sie haben damit an diesem Abend solche Debatten provoziert, das der Grünkohl wohl kalt oder doch zumindest gut durch sein dürfte.

Da wir so etwas bislang aber noch nie erlebt haben, ordnen wir es mal als Lernprozess ein. Aber bitte lernen Sie auch daraus. So ein Drama nie wieder.

Das zweite Beispiel für „Arroganz einer absoluten Mehrheit“ betrifft die Kompetenzregelungen des Bürgermeisters. Wir sind uns alle einig, dass die sehr alten Regelungen bezüglich der Summenfreigaben für die Entscheidungsbefugnisse angepasst werden mussten. Keine Frage. Die SPD Fraktion hat das unterstützt und einen ordentlichen Betrag vorgeschlagen. Ca das 2,5 fache.

Die CDU hat hier fast eine Versiebenfachung vorgeschlagen und dem Bürgermeister damit mehr Kompetenzen gegeben als in vielen größeren Städten. Herr Berens darf jetzt mehr oder weniger alle Vergaben allein entscheiden. Dies ist lt unseren Ordnungen eine klare Aufgabe des Haupt- und Finanzausschusses. Die Argumentation dafür war immer, dass wir als HFA rein rechtlich ohnehin nichts anderes entscheiden können, als nach Vergaberecht das günstigste Angebot zu nehmen. Der letzte HFA hat gezeigt, dass das schlicht einfach nicht wahr ist. Die Debatte über die Erneuerung der Telefonanlage hat gezeigt, dass der HFA durchaus in dem Fall in der Lage gewesen wäre, sich für eine ältere oder neuere Technik zu entscheiden und damit hätte es jeweils verschiedene günstigste Angebote gegeben. Das beste Gegenargument kam also direkt als Verwaltungsvorlage. Nach den neuen Bestimmungen wird der HFA mit dieser Telefonanlage nicht mehr befasst. Er fällt jetzt unter die Entscheidungsbefugnis des Bürgermeisters. Man kann hier unterschiedlicher Meinung über die Höhe der Wertobergrenze sein. Letzten Endes hat auch hier die CDU Mehrheit entschieden. Warum aber habe ich das als Beispiel für "Arroganz der absoluten Mehrheit" genannt? In der Tat ist diese Entscheidung absolut politisch korrekt gefallen. Es ist die Geschichte dahinter, die das ganze überhaupt erst verursacht hat.

In einer der letzten HFA Sitzungen kamen auf einmal sehr viele Dringlichkeitsentscheidungen auf den Tisch. Also Vergaben die der Bürgermeister aus fachlichen Gründen sehr schnell durchführen musste, so dass es ihm nicht möglich gewesen wäre dafür eine Sitzung einzuberufen. Sowohl die FDP Fraktion als auch die SPD Fraktion haben dies kritisiert. Doch während wir an der Stelle die Rechtmäßigkeit nicht in Frage gestellt haben, sondern lediglich die Anzahl, dazu komme ich gleich noch, hat es mit der FDP Fraktion sogar einen harten verbalen Schlagabtausch gegeben.

Die CDU sprang ihrem Bürgermeister mit den Worten bei: Dann müssen wir das ganze in die Haushaltsberatungen aufnehmen und dafür sorgen dass der Bürgermeister es allein entscheiden darf und keine Dringlichkeitsentscheidungen mehr braucht. Ein Satz. Ein Satz der zeigte: Wir haben die Macht, wir haben die Mehrheit. Wenn ihr hierrummaulen wollt, dann ändern wir eben einfach die rechtlichen Rahmenbedingungen. Wir können es.

Dieser Moment meine Damen und Herren war an Machtbewusstsein nicht zu überbieten und hatte mit Respekt vor den Wählerinnen und Wählern die alle drei Oppositionsparteien gewählt hatten, nichts zu tun. Wir hoffen auch solch einen Moment nicht wieder erleben zu müssen.

Ich komme langsam zum Ende. Sie werden sich jetzt vielleicht fragen, was ist denn heute los? Viel Kritik zwar an der Mehrheitsfraktion, aber traditionsgemäß sollte der Vorsitzende der größten Oppositionsfraktion doch durchaus auch dem Bürgermeister die Leviten lesen. Das ist in diesem Jahr in großen Teilen in der Tat schwierig. Denn in Zeiten gefüllter Kassen, guter Investitionen und Gelegenheiten viele Wünsche zu erfüllen, tut man sich mit Kritik an der Verwaltungsleitung schwer.

Aber ich will es letzten Endes auch nicht ganz lassen. Haushalt: Gute Arbeit. Dabei bleiben wir. Bei Ihnen Herr Berens, erleben wir derzeit einen negativen Lernprozess je länger Sie ihr Amt innehaben. Ich sitze auf diesem Stuhl exakt so lange wie Sie auf Ihrem. Am Anfang haben Sie viele Fehler gemacht über die Sie heute lachen würden. Umstände falsch eingeschätzt, den Rat unerfahren behandelt, und besonders Formulierungen benutzt die weit übers Ziel hinausschossen und Sie und die Gemeinde in Ecken gestellt haben, wo sie vielleicht gar nicht hin wollten. Besonders ihre Vergleiche Hövelhofs jährlich zum Haushalt. Mit Winzern, mit Bayern und ähnlichem. Das haben Sie in diesem Jahr unterlassen. Sehr erfreulich.

Doch je mehr Erfahrung Sie an der Verwaltungsspitze erlangt haben, und wie ich an dieser Stelle auch zugebe, je weniger wir zu kritisieren hatten, desto mehr kommt auch bei Ihnen jetzt ein gewisses Maß, ja ich muss es sagen auch auf die Gefahr das wir nachher kein Wasser zusammen trinken, an Überheblichkeit zu Tage. Dies hat sich in diesem Jahr an den Dringlichkeitsentscheiden gezeigt. Sie haben sich in den Sitzungen in Widersprüchen verstrickt. Haben versucht zu erläutern, dass alle Dringlichkeitsentscheidungen so dringend waren, das kein HFA theoretisch möglich gewesen wäre. Da gab es Vergaben innerhalb Hövelhofs, wo uns jeder Unternehmer sofort sagen würde. „Ein Tag später, kein Thema.“ Haben Sie den Mut dann mal zu sagen: „Herrgott. Es waren Sommerferien. Das hat der Rat nie verlangt. Ich bin nicht mal auf die Idee gekommen dafür eine Sondersitzung zu machen. Und der nächste reguläre HFA war zu weit weg.“

Ja in der Tat. Das kann ich akzeptieren. Denn das ist die Wahrheit. Dann muss man sich sauber darüber unterhalten, ob der HFA auch einmal öfter tagen sollte. Die SPD Fraktion hat damals eine Vergabe in Millionenhöhe per Dringlichkeitsentscheid kritisiert. So etwas ist sehr selten. Hier fehlte Ihnen das Feingefühl zu sagen. Ich sollte die gewählten Vertreter zu Wort kommen lassen. Ich habe es bereits gesagt, ich sage es wieder. Der SPD Fraktion geht es nicht um Dringlichkeitsentscheide. Wir sehen auch die Notwendigkeit, dass der Bürgermeister in der Lage sein muss, die Verwaltung im Tagesgeschäft zu führen. Uns geht es um Respekt. Um Respekt gegenüber den verbrieften Kompetenzen des Rates. Um den Respekt gegenüber den gewählten Vertretern, hier ihr Amt auszuüben und die Hand zu heben. Ob rechtlich relevant oder nicht. Ja, an dieser Stelle hat sich eine Art Überheblichkeit eingeschlichen. Ihr Vorgänger im Amt hat jeden Dringlichkeitsbescheid im Wechsel von einer anderen Fraktion unterschreiben lassen. Das war Beteiligung. Er musste diese Debatte nicht führen. Sie selbst haben früher mehr mit den Fraktionsvorsitzenden telefoniert. Da wurde die Debatte auch nicht geführt. Heute gehen Sie den einfachen Weg. Immer das gleiche Ratsmitglied, das ich sehr schätze, aber anscheinend schnell zu erreichen

ist, unterschreibt. Sie gehen jetzt den bequemen Weg und am Ende hat **nur das** diese ganze Debatte über Dringlichkeitsentscheide überhaupt ermöglicht. So, jetzt wo wir alle was zum nachdenken haben, komme ich aber zum Ende. Ich habe vor einigen Tagen ein tolles Zitat gelesen, in einem nagelneuen Buch. Von der Grand Dame der SPD im Kreis Paderborn Marlene Lubek in ihrem neuen Buch „Man nannte Sie die rote Marlene“. Sie schreibt darin über ihre Einschätzung nach 50 Jahren Kommunalpolitik, wie diese im Kreis Paderborn in Zeiten absoluter Mehrheiten funktionieren muss. Sie schreibt:

„Die Kommunalpolitik erfordert eine solidarische Zusammenarbeit zwischen den Parteien (...). Wenn es der **Sache** dient gibt es dazu keine Alternative. Vor allem nicht im Sozialbereich. Auch wenn es das Schicksal einer Oppositionspartei ist das ihre Vorschläge von der Mehrheitsfraktion aufgegriffen und als die eigenen verkauft werden.“

Also kein reines Hövelhofer Phänomen.

Diesen Weg teilt die SPD Fraktion in seiner Reinform.

In diesem Sinne dankt die SPD Fraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und allen Ratskolleginnen und Ratskollegen, die diesen Weg mit uns gehen für die gute Zusammenarbeit und wir wünschen allen besinnliche Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Vielen Dank.

Im Anschluss erhält der Fraktionsvorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Praschan, das Wort:

Rede der Fraktion B90/GRÜNE zum Beschluss über den Haushalt der Gemeinde Hövelhof 2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren dieses Gemeinderates,
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer dieser Ratssitzung, ich freue mich dass Sie anwesend sind,

wie im letzten Jahr danke ich zuerst wieder allen, die sich ehrenamtlich in Hövelhof engagieren. Ich könnte jetzt viele aufzählen, aber um keinen zu vergessen, gilt mein Dank allen Hövelhofer und Hövelhoferinnen.

An dieser Stelle ein paar deutliche Worte. Ich finde es unmöglich, wie unser Bürgermeister ganz bewusst uns Grüne in seiner Haushaltsrede so hingestellt hat, als haben wir etwas gegen das Ehrenamt und speziell gegen den Schützenverein.

Die Grünen in Hövelhof haben absolut nichts gegen den Schützenverein.

Wir erkennen die ehrenamtliche Leistung an, das ist überhaupt keine Frage.

Nur mit einem haben wir Probleme, nachdem meines Wissens nicht mehr jedes neues Mitglied in der Kirche sein muss.

Wenn in einem Verein Frauen und Männer Mitglied sind, so finde ich es nur fair gegenüber den Frauen, dass beide die gleichen Rechte haben.

Das ist in unserem Schützenverein leider nicht der Fall, da können nur Männer Posten übernehmen, da können nur Männer an manchen Wettbewerben z.B. im Schießsport teilnehmen und Frauen sind eigentlich nur Mitglied zweiter Klasse.

Wir finden, dass muss sich ändern und da fällt den Schützen auch kein Zacken aus der Krone.

Also bitte, tun Sie nicht so als hätten wir Grüne etwas gegen den Schützenverein.

Wir haben nur etwas dagegen, dieser Verein dann mit Steuergeldern aller Hövelhofer und Hövelhoferinnen zu unterstützen.
Nicht mehr und nicht weniger.

Nun einen kurzen Rückblick auf das politische Geschehen in Hövelhof.

Wir Grüne haben in Summe einige Anträge und Anfragen dieses Jahr gestellt. Die letzten auf dieser Ratssitzung.

Hier mal einige weitere zur Erinnerung:

1. Antrag Westfalen Weser Netz

Es ging darum, gemeinsamen mit der WWN zu eruieren, wie das Mengenverhältnis des in Hövelhof verbrauchten Stroms zu dem in Hövelhof erzeugtem, erneuerbaren Strom zu beurteilen ist.

Durch die CDU abgelehnt

2. Fragestunden für Einwohner/-innen

Durch die CDU abgelehnt

Hier komme ich später zu

3. Stilllegung des Atomkraftwerks Grohnde

Durch die CDU abgelehnt. Das kann ich ja noch verstehen, den eigentlich sind einige scheinbar immer noch für die Atomkraft.

4. Umsetzung Klimaschutzkonzept

Durch die CDU abgelehnt

Hier komme ich später kurz nochmal zu

5. Gute Schule 2016

Hier ging es darum, die Förderung des Landes NRW mit fast 600.000 € anzunehmen.

Dieses wurde durch die CDU erst abgelehnt mit der Begründung eines Taschenspielertricks der Landesregierung, diese würde als Schulden im Haushalt stehen usw.

Schon damals haben wir gesagt, dass Sie das Geld nehmen werden.

Und, in 2017 nehmen Sie es, wobei die Landesregierung den Taschenspielertrick nur ein wenig geändert hat.

Allerdings sehe ich hier im Haushalt nur Investitionen in die Infrastruktur der Schulung, nicht in etwas, was dann wirklich merklich bei den Schülern ankommt.

Hier soll es ja auch ein Media Konzept Mitte 2018 aller Hövelhofer Schulen geben. Wir hoffen, dass dann etwas dabei auch für die Schüler merklich herauskommt. Der Ansatz im Haushalt erscheint uns viel zu gering.

Und, bei der vorletzten Ratssitzung ist dann ein Antrag von uns Grüne zum Thema Monitoring von Energie-verbräuchen einstimmig beschlossen worden.

Wie Sie gemerkt haben, sind wir sehr verwundert gewesen, da gerade die CDU grüne Anträge eigentlich, wie gerade ja aufgeführt, reflexartig ablehnt und das meistens ohne eine Begründung.

Ich hoffe es ist nicht nur wegen der damals anstehenden und jetzt gescheiterten Jamaika Koalition gewesen.

Ein eher schlechtes Beispiel ist Ihre Ablehnung des Antrages für die Bürgerbeteiligung dieses Jahr gewesen.

Hier haben wir vorgeschlagen, eine Bürgerfragestunde einzurichten, um zum einen den Bürgern und Bürgerinnen die Möglichkeit zu geben, Fragen bei den Ratssitzung oder in den Ausschüssen zu stellen und zum anderen die Bürger und Bürgerinnen aus Hövelhof mehr für das politische Geschehen zu interessieren.

Gerade bei der letzten Ratssitzung und Haushaltsrede unseres Bürgermeisters ist nur ein Bürger anwesend gewesen, und der war noch Herr Linnemann aus der FDP.

Gibt Ihnen das nicht zu denken, liebe CDU?

Da Sie den Antrag fast ohne Begründung abgelehnt haben ist ihnen scheinbar ja völlig egal, wie viele Bürger dort auf den Zuschauerbänken sitzen.

Am besten keiner, denn dann merkt keiner wie hier im Rat die CDU agiert und es bliebe bei fast der Hälfte die nicht wählen, und denen die die CDU in Hövelhof schon immer auf den Stimmzettel schreiben.

CDU oder soll ich besser CSU sagen.

Wir konnten es kaum fassen, dass ein CSU Freundeskreis Paderborner Land maßgeblich durch die CDU in Hövelhof mitgeründet worden ist.

Und es kommt noch besser, einige Hövelhofer CDUler sind sogar ebenfalls Mitglied bei der CSU.

Da ist Ihre politische Heimat der CDU in Hövelhof zu sehen? Nimmt daher, Herr Bürgermeister, mehr als 2/3 Ihrer Rede auf dem Hövelmarkt das Thema Bayern ein?

Von mir aus, machen Sie das ruhig.

Ich verweise aber auf zahlreiche Mitglieder, auch der Hövelhofer CDU, die gerade die CSU kritisch sehen.

Aber wie gesagt, von mir aus benennen Sie sich ruhig um. Nehmen Sie sich auch bitte ein Beispiel, wie endlich die absolute Mehrheit der CSU in Bayern bei der letzten Bundestagswahl verlustig gegangen ist und hoffentlich auch bei der Landtagswahl in 2018 endlich verlustig geht. Das wäre mal mehr Demokratie, auch in Hövelhof.

Und liebe CDU Mitglieder, wenn Sie das nächste Mal mit Ihren Parteifreunden zu einer CSU Veranstaltung fahren, ist ja auf youtube zu sehen gewesen, oder selbst fahren, können Sie ja gerne machen,

so sage doch einer beim Fahrer Bescheid, er soll bei dem nächsten Ausflug auch mal die beiden bestehenden Nationalparks in Bayern, Bayerischer Wald und Berchtesgadener Land, besuchen.

Das ist auch CSU Politik.

Ein dritter Nationalpark ist sogar in Planung.

Fragen Sie dort doch mal nach, warum gerade die CSU so etwas durchsetzt.

Nehmen Sie die Argumente auf und sperren sich in der CDU nicht weiter für einen Nationalpark Senne.

Fragen Sie doch mal nach, was ein Nationalpark auch zum Thema Tourismus beiträgt.

Vielleicht geben Sie sich in der CDU dann mal einen Ruck und bringen nicht weiter diese fadenscheinigen Gründe gegen den Nationalpark Senne an.

Und im nächsten Urlaub fahren Sie dann am besten auch nach Rügen. Dort gibt es auch einen Nationalpark der gerade auch durch sein Nationalparkzentrum sehr viele Besucher anzieht.

Wir nennen uns Sennegemeinde, aber wir kommen in die Senne nicht rein.

In der Regel ist die Senne zu und wir müssen am Schlagbaum warten.

Ich denke ich sollte evtl. mal beantragen, so lange den Zusatznamen Sennegemeinde zu verwerfen, so lange die Bürgerinnen und Bürger aus Hövelhof nicht in die Senne hineinkommen.

Kommen wir weiter zum aktuellen politischen Geschehen in Hövelhof zurück.

Gerade das Thema Breitband zeigt, dass in Hövelhof nicht gerade zukunftsorientiert gearbeitet wird.

So hat die Telekom das Netz durch das Thema Vektoring jetzt ausgebaut. Einige Stellen fehlen noch.

Das wurde von unserem Bürgermeister als eine wesentliche Errungenschaft für Hövelhof dargestellt.

Vektoring, das ist weiter das alte Kupferkabel vom Verteiler, zu dem die Glasfaser führt, in das Haus. Das wird an seine Grenzen stoßen, sogar sehr bald.

Und, haben Sie der Dame der neu gegründeten Breitband OWL zugehört?

Die sagte u.a., dass in Gebieten, wo Vektoring eingeführt wurde, es in der nahen Zukunft nicht zu einem kompletten Ausbau mit Glasfaser kommen wird.

Das sind damals genau meine Worte gewesen.

Ich werde den Bürgermeister in den nächsten Jahren und in der nahen Zukunft daran erinnern, wenn die Kapazität der Leitungen zu gering sein wird.

Aber erstmal als Errungenschaft verkaufen und aus meiner Sicht blind auf den Zug aufspringen, na ja.

Wie immer in Hövelhof wurde das Thema Klimaschutz weiter mit Füßen getreten und wir haben weiterhin kein integriertes Klimaschutzkonzept.

Ich kann es nicht verstehen, warum Sie sich hier sperren. Es ist nicht nur ökologisch sinnvoll sondern es kann richtig auch etwas monetär bringen.

Zudem wird es zu einem Großteil gefördert.

Und, Sie Herr Berens schmücken sich dann auch noch mit fremden Federn.

Hövelhof ist ausgezeichnet als die Kommune mit den in Abstand meisten Erdwärmepumpen pro Haushalt in NRW.

Was haben Sie dafür getan?

Nichts.

Es basiert auf den geologischen Begebenheiten und einigen anderen Faktoren.

Ich hatte die Hoffnung, dass die gescheiterten Jamaika Verhandlungen ergeben, dass hier Kommunen im Punkte Klimaschutzkonzept handeln müssen und sich nicht mehr länger sperren.

Bin gespannt, ob ich das noch erlebe.

Ansonsten ist jetzt ja das neue Haus zwischen dem Chinarestaurant und dem Fahrradhändler fertig. Da hatte ich letztes Jahr schon drüber gewettert.

Oft habe ich in diesem Jahr in der neuen Kneipe Werk 7, dort ist erheblich in die Gastronomie investiert worden, draußen gesessen und mir das Haus angeschaut bzw. musste auf das Haus schauen.

Hinpassen tut es da überhaupt nicht und es stellt, so wie ich damals schon sagte, einen absoluten Bruch dar.

Das haben Sie zu verantworten, liebe CDU. Da wäre ein Gewerbe möglich gewesen.

Das aktuelle Einzelhandelskonzept hat Herr Kruse ja im Bauausschuss erläutert.

Ich zitiere einen Auszug:

„Das Ziel von Hövelhof müsse sein, das Angebot zu sichern und wenn möglich auszubauen und ein Auseinanderbrechen des Ortskerns zu verhindern. Die Kommune müsse sich bei Neuansiedlungen immer fragen: Schadet oder stärkt das Vorhaben den Ortskern? Ist das Prüfergebnis negativ, sollte von dem Vorhaben Abstand genommen werden.“

Soweit das Zitat.

Dies ist hier definitiv nicht geschehen.

Lesen Sie doch mal Ihre Konzepte bzw. hören Sie in Zukunft denen zu, die so etwas aufstellen und handeln Sie auch danach.

Nun zur Neuaufnahme der Erschließung des neuen Gewerbegebietes.

Es ist schon sehr interessant zu sehen, wie der neue Fraktionsvorsitzende Herr Neisens das Thema Waldabholzung bei Einbringung des Antrages vermieden hat.

Erst auf Nachfrage musste er Stellung nehmen.

Noch dazu kommen Sie immer mit dem Thema Heimat in Hövelhof etc., und da ist das wichtig für Hövelhof usw.

Haben Sie überhaupt einmal Anstrengungen gemacht, die alten Gewerbegebiete besser zu nutzen?

Werden Sie Anstrengungen machen die alten und die neuen Gewerbegebiete besser zu nutzen?

Beispiel sind Parkhäuser, weitere Etagen, Umsiedelung, andere Flächen, evtl. Flächen nur für IT Unternehmen bzw. Büros ausweisen in der Nähe von Wohngebieten usw.

Nein, bisher nicht.

Der Wald gehört der Gemeinde und da ist es ja einfach, weg damit. Flächen verbrauchen, immer mehr.

Gerade der Bürgermeister beschreibt diesen Wald mit Krüppelkiefern, wo er es doch besser wissen müsste.

Im damaligen Verfahren steht:

„Der „Schutz der Natur“ ist definiert als „Hövelhofer Wald zwischen Moosheide und Eisenbahnlinie Schloss Holte-Verl“ und beschrieben als „Waldgebiet mit naturnahen Bachläufen und Bruch-Auewäldern mit Binnendüne und Sandtrockenrasen“ als Biotop mit einer überwiegend regionalen, teilweise lokalen Bedeutung.

Krüppelkiefern?

Das kann doch nicht ihr ernst sein und ist nur populistisch.

Sind das Krüppelkiefern?

Und, es muss ja dann Ausgleichsflächen geben. Wo werden denn die Ausgleichsflächen gemacht, im Hövelhof? Eher nicht, eher woanders.

In dem Sitzungsprotokoll des Gemeinderates vom 21. März 2002 zu der damaligen Erweiterung des Gewerbegebietes steht übrigens, ich zitiere:

„Der Gemeinderat erklärt sich mit der Ausweisung der gesamten Kulisse des Gemeindeswaldes als Naturschutzgebiet einverstanden.“

Das ist leider nie geschehen.

Was stört Sie das Geschwätz von gestern?

Trauen Sie sich doch und machen Sie eine Bürgerbefragung in Hövelhof.

Wäre sehr sehr gespannt, was da rauskommt. Dieses Votum würden wir anerkennen.

Das wäre okay und Sie würden die Bürger und die Bürgerinnen bei der Gestaltung Ihrer Heimat mit einbeziehen.

Und wenn Sie den Wald dann wegholzen, bitte bitte lassen Sie doch auch einen Streifen mit Wald zur Hauptstraße frei.

Denn nur von dieser Seite ist die Ankunft in der Heimat Hövelhof schön, bei der gegenüberliegenden Seite denkt der Besucher, er würde direkt in ein Industriegebiet reinfahren und ein Ort kommt da nicht mehr.

Das wäre übrigens auch ein Thema des Industriegebietes auf der anderen Seite von Hövelhof.

Könnte der Bürgermeister nicht einmal darauf hinwirken, das da nicht nur Krüppelbäume auf den Grundstücken gepflanzt werden.

Von der Lichtverschmutzung in der ganzen Nacht ganz zu schweigen.

Macht es wirklich Sinn Unternehmen die ganze Nacht hindurch anzuleuchten? Auch um 4.00 Uhr morgens?

Ich finde dies unmöglich und ich bin mir sicher, dass ein Großteil der Hövelhofer Bürger und Bürgerinnen da zustimmen.

Das wäre doch auch mal eine Aufgabe für den Bürgermeister.

Und dann reden Sie auch noch das neue interkommunale Gewerbegebiet so schlecht, als wenn es in Bielefeld liegen würde.

Nein, das ist um die Ecke.

Es ist aus unserer Sicht der falsche Standort, ja. Der Kreuzkrug wäre uns und auch der Natur lieber gewesen.

Unseres Wissens sind hier aber erhebliche handwerkliche Fehler schon im Vorfeld gemacht worden.

So weigern sich meines Wissens einige Grundbesitzer, die Grundstücke für das Gewerbegebiet zu verkaufen.

Aber, bisher sind schon Planungen gemacht worden, eine GmbH wurde gegründet und und und.

Wäre es nicht sinnvoll gewesen, mit den Eigentümern wenigstens im Vorfeld eine Art Vorvertrag zu machen?

Wird es jetzt daran scheitern bzw. zieht es sich weiter in die Länge?

Warum machen Sie das neue interkommunale Gewerbegebiet dann nicht erstmal voll bevor sie über weitere nachdenken?

Wollen Sie das interkommunale Gewerbegebiet überhaupt?

Nun zum Haushalt,

wie immer ist kein Geld für ein integriertes Klimaschutz Konzept vorgesehen

wie immer ist kein Geld für einen Personalrat in der Verwaltung vorgesehen, hier werden auch keine Initiativen der Verwaltungsspitze unternommen einen solchen Personalrat wieder einzurichten,

wie immer ist kein Geld vorgesehen eine neue Stelle für die Integration der Flüchtlinge zu schaffen

Gerade letztes kann ich nicht verstehen.

Wir bekommen sehr viele Flüchtlinge, laut meines Infos zum Teil 10 pro Woche.

Hier wäre eine Stelle sehr sinnvoll sich darum zu kümmern und auch diese zu integrieren.

Wir haben uns letztes Jahr noch die Schreiben und Prospekte angeschaut, die die Flüchtlinge in Hövelhof bekommen.

Traurig.

Vieles nur in Deutsch, viele wichtige Informationen nicht enthalten usw.

Mit dieser fehlenden Stelle belasten Sie die Verwaltung weiter und gerade auch die Bürger und Bürgerinnen, die sich ehrenamtlich engagieren.

Und, wie immer lehnen wir diesen Haushalt ab.

Aus diesem Grund und sicherlich noch aus vielen mehr, dass würde aber meine Redezeit sicherlich überziehen, können wir den Haushalt nicht mittragen.

Der Haushalt ist in seiner jetzigen Form wie immer nicht ausreichend zukunftsorientiert. Ein großer Teil unserer Anträge zum Haushalt ist mal mal wieder mit fadenscheinigen Gründen abgelehnt worden.

Ein paar letzte Worte noch zu der Haushaltsrede unseres Bürgermeisters.

Thema Kreisumlage

Habe ich etwas verpasst?

Ist der Landrat Müller zu den Grünen gewechselt oder gar parteilos?

Nein, er ist in der CDU, oder?

Wie ich schon beim letzten Mal gesagt habe. Herr Berens, erwecken Sie nicht den Eindruck, als ob Sie mit dem Kreis Paderborn nichts zu tun haben.

Das sind Ihre Parteifreunde, die dort regieren. Der Landrat ist in der CDU.

Das sind Ihre Parteifreunde, die im Kreis die absolute Mehrheit haben.

Das sind Ihre Parteifreunde, die die Kreisumlage weiter ansteigen lassen.

Das sind Ihre Parteifreunde, die weiter Millionen in den unsäglichen Flughafen stecken, der ach so wichtig für unsere Wirtschaft ist, sondern eher zu 90 % als Ferienflieger genutzt wird.

So, das waren meine Worte, diesmal glaube ein bisschen weniger, als beim letzten Mal.

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung und auch dieses Gemeinderates für ihre Arbeit und Ihren Einsatz

und

ich wünsche allen ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das Jahr 2018, und wie am Anfang ausgeführt, danke an das ehrenamtliche Engagement aller Hövelhofer und Hövelhoferinnen.

Für die Fraktion der FDP hält der Fraktionsvorsitzende der FDP Herr Klocksinn folgende HAushaltsrede:

**Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden
der FDP Hövelhof**

-

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Berens,
sehr geehrte Damen und Herren,

vorab ein paar Worte zur Jägerstr.:

War in dem Presseartikel des Westfälischen Volksblattes vom 13. Mai 2017 noch die Aussage des Bürgermeisters: „Nicht weiter rumeiern“ zu lesen, so hat sich der Grundstücksverkauf aus unserer Sicht durch „aktives Rumeiern“, man könnte auch von „hövelhoferisieren“ sprechen, um den jüngst vom Bürgermeisters geprägten Begriff zu verwenden, bis heute immer weiter in die Länge gezogen. Genau sieben Monate sind seitdem vergangen. Auch scheint der potenzielle Käufer des Grundstückes so stark verärgert zu sein, dass er sich letztendlich dazu entschlossen hat, das Grundstück bis heute nicht zu erwerben. Was aus dem Grundstück wird, ist aus unserer Sicht völlig ungewiss. Aus unserer Sicht, ist das Kind eindeutig in den Brunnen gefallen und es ist auch ein Schaden für unsere Gemeinde entstanden. Der Versuch, dem Gemeinderat vorzugaukeln, dass das Grundstück im Wert gestiegen sei, ist gescheitert. Ein Grundstück, das unverkäuflich ist, hat einen objektiven Wert von null Euro!

Die CDU hat einen Antrag auf Erhöhung der Wertgrenze für die Auftragserteilung durch den Bürgermeister gestellt. Die Wertgrenze soll von 38.000 Euro auf 250.000 Euro erhöht werden. Dies ist eine Erhöhung um den Faktor 6,6. Transparenz insbesondere im Bereich der Auftragsvergaben sieht anders aus! Haben in der Vergangenheit die Auftragsvergaben in Form von Dringlichkeitsbeschlüssen zugenommen, sollen jetzt Auftragsvergaben in vermehrter Form direkt durch den Bürgermeister vergeben werden können. Man glaubt offenbar in der CDU den Teufel mit dem Beelzebub austreiben zu können. Laut unserer Zuständigkeitsordnung des Gemeinderates ist der HFA-Ausschuss für die Auftragsvergaben ausdrücklich zuständig. Mit Hilfe dieser Regelung soll nun abermals versucht werden, den HFA zu umgehen. Als Autokratie wird in der Politikwissenschaft eine Herrschaftsform bezeichnet, in der eine Einzelperson oder Personengruppe unkontrolliert politische Macht ausübt und keinen verfassungsmäßigen Beschränkungen unterworfen ist. Wir haben für den Gemeinderat eine verfassungsgemäße Beschränkung, die jedoch umgangen werden soll.

Meine Damen und Herren, Kernaufgabe des Gemeinderates ist es nach der Gemeindeordnung die Verwaltung zu kontrollieren. Daran möchte ich alle in diesem Gemeinderat erinnern, auch die Ratsmitglieder der CDU!

Im Westfälischen Volksblatt konnte man am 3.3. einen interessanten Artikel lesen. Für Verwirrung sorgte die Fahrt einiger CDU-Mitglieder zum politischen Aschermittwoch der CSU. Wir haben uns als FDP gefragt, was sich daraus für Hövelhof ableiten lässt und ob diese „Politik“ auf Hövelhof als nordrhein-westfälische Gemeinde einen Einfluss hat. Ich persönlich bin zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen. Aber ich denke, dass sich nach dem Bericht im Fernsehen bzw. in der Presse auch einige Bürger von Hövelhof gefragt haben, ob Hövelhof noch zu Nordrhein-Westfalen gehört oder ob Hövelhof mittelfristig zu Bayern gehören wird.

Das geplante HH-Defizit ist aus unserer Sicht ein Defizit, das hausgemacht ist. Einsparungen sind aus unserer Sicht nicht erkennbar, stattdessen sind die Aufwendungen immer weiter gestiegen. Die Aula-Instandsetzung ist viel zu kostenintensiv gewesen. Hier steht der Aufwand in keinem Verhältnis zum notwendigen Nutzen. Auch die Vergabe über einen Dringlichkeitsbeschluss ist aus unserer Sicht nicht notwendig gewesen und eine Sitzung des HFA hätte jederzeit einberufen werden können. Wer in der Lage ist, komplexe Bauprojekte zu planen, sollte auch die Einberufung einer einfachen Sitzung eingeplant bekommen

Nun konkret zum Haushaltsplan 2018:

-Die geplanten Marketingaufwendungen sind auch in diesem Jahr wieder gestiegen. Mit einem Planansatz von 382.131,- Euro bewegen sich die Aufwendungen auf dem höchsten Niveau. Nachfolgender Abbildung können die in den letzten Jahren immer weiter gestiegenen Marketingaufwendungen entnommen werden:

In der letzten HFA-Sitzung hat Herr Neisens uns Sozialpopulismus und Schizophrenie vorgeworfen. Statt sich sachlich mit unserem Antrag auseinanderzusetzen hat man persönliche Angriffe vorgezogen. Die von uns beantragte Grundsteuersenkung hätte betragsmäßig bereits 1x in die Marketingaufwendungen gepasst.

- Einen Personalrat vermissen wir in der Verwaltung der Gemeinde immer noch. Das ein Personalrat nicht gewünscht ist, lässt sich eindeutig auch dem Haushaltsplan entnehmen. Für den Personalrat wurde ein Planansatz für Aufwendungen in Höhe von 100,- Euro eingeplant. Kein Personalrat könnte mit diesem HH-Ansatz seine Arbeit aufnehmen. Der niedrige Betrag kann als Ziel verstanden werden keinen Personalrat zu gestatten, was jedoch nach dem Landespersonalvertretungsgesetz NRW ein Muss ist. Nach dem Personalvertretungsgesetz arbeiten die Dienststelle und die Personalvertretung zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben und zum Wohle der Beschäftigten zusammen. Das Wohl der Beschäftigten scheint kein Ziel unserer Gemeinde zu sein!

-Kennzahlen und eindeutige verbindliche Ziele fehlen nach wie vor in dem Haushaltsplan der Sennegemeinde

- Eine Kosten- und Leistungsrechnung ist bis heute nicht eingeführt worden.

-Die Zuschüsse sind für das Jahr 2018 mit einem Betrag von 2.003.207,- Euro auf dem höchsten Niveau - trotz voraussichtlichem Defizit! In diesen Betrag hätte unsere beantragte Grundsteuerabsenkung 6,2 x hineingepasst!

Der nachfolgenden Abbildung kann die Entwicklung der Zuschüsse nachvollzogen werden.

- Die Bereitstellung eines Mitarbeiters für die Geschäftsführung des Sennekult-Vereins, eine privatwirtschaftliche Organisation, aus Mitteln des kommunalen Haushaltes bemängeln wir wie im letzten Jahr,
- Die Gründung des interkommunalen Gewerbegebietes als GmbH und nicht als Zweckverband verursachte beträchtliche Aufwendungen für Gründung, Rechts- und Steuerberatungsaufwendungen
- Konsolidierungsbemühungen sind nicht erkennbar. Die Ausgaben sind immer weiter weiter angestiegen. Eine Reduzierung der Ausgaben kann nicht festgestellt werden.

Mit unserem Antrag auf Herabsetzung der Grundsteuer A und B wollten wir eine Entlastung der Bürger erreichen. Die Mietkosten sowie die Mietnebenkosten sind in den letzten Jahren immer weiter gestiegen. Dies kann man dem aktuellen Mietspiegel für Hövelhof entnehmen.

Investition in Sachen nicht in Köpfe! Das ist in Hövelhof eindeutig sichtbar. Eltern, deren Kinder die Kindergärten besuchen, bekommen sicherlich immer mal wieder eine Aufforderung Geld für Bastelaktivitäten oder Kopierkosten zu zahlen. Für uns gehören diese Ausgaben von der Kommune mit abgedeckt. Es wäre doch schön, wenn die Bildung unserer Kinder auch im Rahmen der „familiengerechten Kommune“ Berücksichtigung fände.

Der Familienpass verfügt nicht über ausreichende Leistungen. Wird der Familienpass in Schloß Holte-Stukenbrock akzeptiert, so ist dies im eigenen Hövelhofer Hallenbad nicht der Fall. Familiengerechte Kommune: Ein Zertifikat ja, aber keine familiengerechte Kommune.

Im Bereich des digitalen Netzes hinken wir in Hövelhof nach wie vor hinterher. Auch wenn es nicht auf den ersten Blick ersichtlich ist, benötigen auch die Privathaushalte eine schnelle Internetverbindung: Mobiles Arbeiten, das für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer selbstverständlicher wird, ist so nicht möglich! Das gehört für uns auch mit zum Klimaschutz dazu: Arbeitswege entfallen und Schadstoffausstoß wird vermieden.

Auch möchte ich für unsere ausländischen Gäste in Hövelhof das Wort ergreifen. Diese Menschen sind nicht in Hövelhof, weil sie es wollten. Auch behaupte ich, dass in Deutschland niemand gerne freiwillig von Sozialleistungen lebt, bzw. angemessen leben kann. Wir haben ein Preisniveau bei dem es nicht möglich ist, ein schönes Leben von diesen Geldern zu führen. Das sollten wir uns alle bewusst machen. Zahllose Kriege und auch der Klimawandel führen dazu, dass die Menschen zu uns kommen. Dies wird sich auch trotz aller Bemühungen nicht vermeiden lassen.

Aus den vorangegangenen Erläuterungen ergibt sich für uns leider die logische Konsequenz auch dieses Jahr wieder den Haushalt abzulehnen.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das neue Jahr!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Nach Abschluss der Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden ergibt sich keine weitere Diskussion. Daraufhin fast der Gemeinderat bei fünf Nein-Stimmen folgenden Mehrheitsbeschluss:

- A. Der Stellenplan 2018 wird beschlossen.
- B. Der Wirtschaftsplan für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Abwasserwerk der Sennegemeinde Hövelhof" wird gem. § 4 der Eigenbetriebsverordnung NRW wie folgt festgestellt:

**WIRTSCHAFTSPLAN
des Abwasserwerkes
der Sennegemeinde Hövelhof
für das Wirtschaftsjahr 2018**

Aufgrund der §§ 107 Abs. 2 Satz 2 i.V. mit § 114 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der z.Zt. gültigen Fassung in Verbindung mit den §§ 14 ff. der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der z. Zt. gültigen Fassung hat der Rat der Sennegemeinde Hövelhof mit Beschluss vom 14.12.2017 folgenden Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2018 festgestellt:

§ 1

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr **2018** wird

im **Erfolgsplan** mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	1.852.600 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	1.819.600 €

im **Vermögensplan** mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	965.000 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	965.000 €

festgesetzt.

Der Erfolgsplan schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 33.000 € ab.

§ 2

Kredite für Investitionen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung im Wirtschaftsjahr 2018 in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 500.000 € festgesetzt.

Hövelhof, den

Bürgermeister

Schriftführer

- C. Der Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb "Wasserwerk der Sennegemeinde Hövelhof" wird gem. § 4 der Eigenbetriebsverordnung NRW wie folgt festgestellt:

**WIRTSCHAFTSPLAN
des Wasserwerkes
der Sennegemeinde Hövelhof
für das Wirtschaftsjahr 2018**

Aufgrund der §§ 107 Abs. 2 Satz 2 i.V. mit § 114 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der z.Zt. gültigen Fassung in Verbindung mit den §§ 14 ff. der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der. z. Zt. gültigen Fassung hat der Rat der Sennegemeinde Hövelhof mit Beschluss vom 14.12.2017 folgenden Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2018 festgestellt:

§ 1

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr **2018** wird

im **Erfolgsplan** mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	802.550 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	832.005 €

im **Vermögensplan** mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	306.500 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	306.500 €

festgesetzt.

Der Erfolgsplan schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 29.455 € ab.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf 100.000 € festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung im Wirtschaftsjahr 2018 in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 100.000 € festgesetzt.

Hövelhof, den

Bürgermeister

Schriftführer

D. Die Haushaltssatzung 2018 wird wie folgt beschlossen:

**Haushaltssatzung
der Sennegemeinde Hövelhof für das Haushaltsjahr 2018**

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW. 1994, S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.11.2016 (GV.NRW. S. 966), hat der Rat der Sennegemeinde Hövelhof mit Beschluss vom 14.12.2017 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf	36.294.439 EUR
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	38.532.362 EUR

im Finanzplan mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	33.642.399 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	35.214.020 EUR

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	1.907.538 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	6.171.063 EUR

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	0 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	172.906 EUR

festgesetzt.

§ 2

Kredite für Investitionen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 420.000 EUR festgesetzt.

§ 4

Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf **2.237.923 EUR**

festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 3.000.000 EUR festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2018 wie folgt festgesetzt:

- | | |
|---|----------|
| 1. Grundsteuer | |
| 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
(Grundsteuer A) auf | 209 v.H. |
| 1.2 für die Grundstücke
(Grundsteuer B) auf | 413 v.H. |
| 2. Gewerbesteuer auf | 411 v.H. |

§ 7

Haushaltssicherungskonzept

entfällt.

§ 8

Überplanmäßige/außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Bei der Genehmigung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen sowie über- und außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen im Sinne der §§ 83 Abs. 2 bzw. 85 Abs. 1 GO NRW gelten als nicht erheblich:

1. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sowie über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen auf Grund gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtung.
2. Interne Verrechnungen, kalkulatorische Kosten und Abschlussbuchungen.

3. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bis einschließlich 15.000 EUR je Produkt, darüber hinaus bis einschließlich 15.000 EUR für Investitionen soweit sie nicht unter 1. und 2. fallen.
4. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen auf Grund von Umschichtungen zwischen konsumtiven Maßnahmen und investiven Maßnahmen und umgekehrt.
5. Überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen bis einschließlich 100.000 EUR soweit sie nicht unter 1. fallen.

Hövelhof, den

Bürgermeister

Schriftführer

Hövelhof, den 21.12.2017
Der Bürgermeister
i.A.